

LEITFADEN ZUR DATENERFASSUNG IM ZENTRALEN efREporter3-SYSTEM (ZES)

EFRE/ESF FÖRDERPERIODE 2014-2020

STAND: 29.11.2016



SACHSEN-ANHALT



EUROPÄISCHE UNION
ESIF
Europäische Struktur- und
Investitionsfonds

HIER INVESTIERT EUROPA
IN DIE ZUKUNFT UNSERES LANDES.

www.europa.sachsen-anhalt.de

AKTENZEICHEN (= FELD 5 ANHANG III, VO (EU) NR. 480/2014)

Ist die eindeutige Identifikation eines Antrags bei der genehmigenden Stelle. Das Aktenzeichen wird in einem Bescheid oder Antrag in der Kommunikation mit dem Antragstellenden genutzt.

Der efREporter3 bietet nach Auswahl eines Finanzplanelements eine automatisierte Berechnungsfunktion zur Ermittlung eines eindeutigen Aktenzeichens an. Das errechnete Aktenzeichen setzt sich aus der Finanzplanebenennummer, einer laufenden Nummer und dem Erfassungsjahr zusammen (Beispiel: 21.08bsz01.06.2./00001/16/). Das Aktenzeichen kann jedoch auch frei von der genehmigenden Stelle vergeben werden, und somit doppelt vergeben sein. Das Aktenzeichen ist nach der Genehmigung des Vorhabens im efREporter3 durch den Bearbeiter unveränderbar.

ANTRAGSEINGANGSDATUM (= FELD 7 ANHANG III, VO (EU) NR. 480/2014)

Eingangsdatum des Antrags auf Förderung bei der genehmigenden Stelle.

ANTRAGSTELLENDENDATEN (= FELDER 1-4 ANHANG III, VO (EU) NR. 480/2014)

ANTRAGSTELLENDENUMMER

Die Nummer wird automatisch vom efREporter3-System erzeugt und kann nicht vom Bearbeiter geändert werden. Für Antragstellende, die aus dem Vorsystem epos@IB per Webservice-Schnittstelle übertragen werden, wird ein eigener Nummernkreis genutzt.

BANKVERBINDUNG

Die Erfassung von Bankverbindungsdaten zum Antragstellenden ist optional. Derzeit erfolgt keine Verwendung dieser Daten (z.B. Zuordnung zu Zahlungsbuchungen).

EXISTENZGRÜNDER/INNEN

Die Datenerfassung ist optional. Sie gibt an, ob es sich bei dem Antragstellenden um einen Existenzgründer handelt.

FIRMENNUMMER

Die Datenerfassung ist optional. Sofern die Firmennummer erfasst wird, ist für Antragstellende, die im Handelsregister eingetragen sind, als Firmennummer die Handelsregisternummer zu erfassen. Ansonsten ist die Unternehmens-Identifikationsnummer (UID) einzutragen.

RECHTSFORM DES ANTRAGSTELLENDEN (NUR BEI FÜR JURISTISCHEN PERSONEN)

(= FELD 2 ANHANG III, VO (EU) NR. 480/2014)

Für einen Antragstellenden der eine juristische Person ist, muss zwingend angegeben werden, ob eine öffentlich-rechtliche oder privatrechtliche Rechtsform vorliegt.

Juristische Personen des öffentlichen Rechts erlangen ihre Rechtsfähigkeit kraft Gesetz und bestehen aufgrund öffentlich-rechtlicher Hoheitsakte oder öffentlich-rechtlicher Anerkennung (z.B. Kommunen, Kirchen).

RECHTSPERSON DES ANTRAGSTELLENDEN

Jeder Antragstellende ist einer Rechtsperson zuzuordnen. Ein Antragstellender ist somit eine natürliche oder eine juristische Person. Für eine juristische Personen ist zusätzlich eine Entscheidung über die Rechtsform zu treffen (vgl. hierzu auch Rechtsform des Antragstellenden für juristische Personen).

Gemäß Art. 2 Nr. 10 der VO (EU) Nr. 1303/2013 sind natürliche Personen in der Förderperiode 2014-2020 nicht mehr direkt förderfähig. Sie können jedoch Endbegünstigte sein.

UNTERNEHMENSVERBUND (= FELD 1 ANHANG III, VO (EU) NR. 480/2014)

Ein Unternehmensverbund ist eine Gruppe von Firmen aus ähnlichen Gruppen, die sich zusammenschließen und als Einheit auftreten. Wird das Vorhaben eines Unternehmensverbundes gefördert, so sind am Vorhaben alle Firmen des Unternehmensverbundes zu hinterlegen. Dem Vorhaben ist somit mehr als ein Antragstellender zugeordnet.

Alle am Vorhaben zugeordneten Begünstigten werden jeweils mit dem Gesamtbetrag der förderfähigen Investition (erstattungs- und nicht-erstattungsrelevant) in der „Liste der Vorhaben“ gem. Art. 115 Abs. 2 der VO (EU) Nr. 1303/2013 veröffentlicht.

Hinweis:

Stimmt die genehmigende Stellung im Rahmen der Bewilligung/ Vertragsschluss einer Weiterleitung von Zuwendungen/Zuweisungen des Begünstigten/ der Begünstigten an weitere Endbegünstigte zu, so sind diese Endbegünstigten nicht als weitere Antragstellende dem Vorhaben hinzuzufügen.

BEGINN LT. GENEHMIGUNG (= FELD 8 ANHANG III, VO (EU) NR. 480/2014)

Der Beginn laut Genehmigung ist das Datum, das in einem Bewilligungsbescheid oder Vertrag als Beginn des Vorhabens festgelegt ist. Ein möglicherweise genehmigter Antrag auf vorzeitigen Maßnahmebeginn ist zu beachten.

Der Beginn darf in der Regel nicht vor dem 01.01.2014 (= Beginn der Förderperiode) liegen. Wenn vor dem 01.01.2014 bewilligt wurde, dann dürfen bis zum 01.01.2014 noch keine Ausgaben an den Begünstigten getätigt sein.

Der erfasste Beginn wird in der „Liste der Vorhaben“ gem. Art. 115 Abs. 2 der VO (EU) Nr. 1303/2013 veröffentlicht.

BEGINN LT. GENEHMIGUNG VZM

Es ist das Datum des Vorhabensbeginns laut der Genehmigung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn (vzM) zu erfassen, soweit eine Genehmigung erteilt wurde.

Der Beginn darf in der Regel nicht vor dem 01.01.2014 (= Beginn der Förderperiode) liegen.

BEGÜNSTIGTER

Mit der Genehmigung eines Antrags oder Aussprechen einer Förderung oder Abschluss eines Vertrags wird ein Antragstellender sprachlich zum Begünstigten.

In der Förderperiode 2014-2020 sind für Förderungen aus dem Operationellen Programm gemäß Art. 2 Nr. 10 der VO (EU) Nr. 1303/2013 Einrichtungen des öffentlichen oder privaten Rechts sowie Finanzinstrumente zugelassen.

Das Finanzinstrument (Fonds) wird im efREporter3 selbst als Vorhaben erfasst, damit ist das Finanzinstrument selbst der Begünstigte. Die einzelnen Ausreichungen aus dem Finanzinstrument an Endbegünstigte werden nicht im efREporter3 erfasst.

BEIHILFE (= FELD 16 ANHANG III, VO (EU) NR. 480/2014)

Für jedes Vorhaben ist anzugeben, ob es sich um eine Beihilfe handelt.

Eine Beihilfe liegt gemäß Art. 2 Nr. 13 der VO (EU) Nr. 1303/2013 vor, wenn die Definition des Art. 107 Abs. 1 AEUV erfüllt ist und für die Zwecke dieser Verordnung auch De-minimis-Beihilfen im Sinne der VO (EG) Nr. 1998/2006 der Kommission, VO (EG) Nr. 1535/2007 der Kommission und VO (EG) Nr. 875/2007 der Kommission ausgesprochen werden.

Im Rahmen der Genehmigung muss eine vorhabensbezogene Einzelfallprüfung der Beihilferelevanz erfolgen. Auch von der vorherigen Anmeldung freigestellte Beihilfen sind Beihilfen.

Für Beihilfevorhaben ist das Land lt. Art. 131 Abs. 3 der VO (EU) Nr. 133/2013 ermächtigt auch Vorschusszahlungen an den Begünstigten ohne dass eine Belegprüfung der Förderfähigkeit im Vorfeld erfolgt ist, in Zahlungsanträgen gegenüber der EU-Kommission abzurechnen. Von dieser Möglichkeit macht das Land Sachsen-Anhalt in der Förderperiode 2014-2020 keinen Gebrauch.

ECOHESION (= ART 122 ABS. 3, VO (EU) NR. 1303/2013)

eCohesion ist die von der EU-Kommission verbindlich durch Art. 122 Abs. 3 der VO (EU) Nr. 1303/2013 vorgeschriebene Funktionalität der Abwicklung des gesamten Informationsaustausches einschl. Dokumentenaustausch zwischen den Behörden (genehmigende Stelle, sowie EU-Behörden) und den Begünstigten zu genehmigten Vorhaben auf elektronischem Wege. Hierzu ist die genehmigende Stelle ab dem Zeitpunkt der Genehmigung des Vorhabens verpflichtet, wenn sich der Begünstigte hierfür entscheidet. Voraussetzung ist hierfür die Willenserklärung des Begünstigten mittels unterzeichneter eCohesion-Erklärung.

Der Begünstigte kann sich dazu entscheiden eCohesion nutzen zu wollen. Für alle ab diesem Zeitpunkt ausgetauschten Informationen gilt dann die eCohesion-Verpflichtung. Der Austausch richtet sich an Begünstigte, so dass die Kommunikation erst nach der Genehmigung/dem Vertragsschluss möglich ist. Die genehmigende Stelle muss hier ggf. prüfen ob ein Änderungsbescheid erlassen werden muss. Auf den Textbausteinerlass der EU-Verwaltungsbehörde wird hier verwiesen.

eCohesion wird über ein Internetportal abgewickelt, in welchem der Antragstellende nach Registratur eine eCohesion-ID erhält. Nach Eingabe dieser ID im efREporter3-Vorhaben, kann das Vorhaben von eCohesion-Nutzern im Internet aufgerufen und zur Kommunikation genutzt werden. Die Nutzer des efREporter3 können direkt aus dem efREporter3 heraus auf das eCohesion-Portal zugreifen.

ECOHESION-ID

12stellige, eindeutige Buchstaben/Zahlenkombination, die der eCohesion-Nutzer nach Registrierung im eCohesion-Portal erhält. Nach Eingabe dieser ID im efREporter3-Vorhaben, kann das Vorhaben von eCohesion-Nutzern im Internet aufgerufen und zur Kommunikation genutzt werden.

Zu jedem Vorhaben, für das eine eCohesion-Nutzung erfolgen soll, muss der Antragstellende seine eCohesion-ID über die eCohesion-Erklärung der genehmigenden Stelle mitteilen.

ECOHESION-VORHABEN

Vorhaben, das für die eCohesion-Nutzung frei geschaltet ist. Voraussetzung hierfür ist die Erfassung einer gültigen eCohesion-ID durch den Bearbeiter am Vorhaben im efREporter3.

EINGANGSDATUM DES VN

Datum, an dem der Endverwendungsnachweis (VN) zum Vorhaben tatsächlich bei der genehmigenden Stelle eingegangen ist.

EINGANGSDATUM DES VZM

Datum, an dem ein Antrag des Antragstellenden auf Genehmigung eines vorzeitigen Maßnahmebeginns bei der genehmigenden Stelle eingegangen ist.

ENDE LT. GENEHMIGUNG (= Feld 9 Anhang III, VO (EU) Nr. 480/2014)

Ende des Zeitraums der Zuwendungsfähigkeit von Ausgaben für das Vorhaben. Bis zu diesem Datum datierte Rechnungen an den Begünstigten werden anerkannt. Es ist gleichzusetzen mit dem Ende des Bewilligungszeitraumes.

Das erfasste Datum wird in der „Liste der Vorhaben“ gem. Art. 115 Abs. 2 der VO (EU) Nr. 1303/2013 veröffentlicht.

ENDE NACH VN-PRÜFUNG (= FELD 10 ANHANG III, VO (EU) NR. 480/2014)

Tatsächliches Ende des Vorhabens beim Begünstigten, welches die genehmigende Stelle nach Abschluss der Endverwendungsnachweisprüfung anhand der eingereichten Unterlagen feststellt. Ab diesem Datum beginnt die festgelegte Zweckbindungsfrist für das Vorhaben.

ESF- TEILNEHMENDENDATEN (= ART 125 ABS. 2 LT. D), VO (EU) NR. 1303/2013)

Werden über ESF-Vorhaben Teilnehmende gefördert, sind von den Teilnehmenden grundsätzlich die TN-Erhebungsbögen einschließlich Einwilligungserklärung auszufüllen. Alle im TN-Erhebungsbogen enthaltenen Daten des Teilnehmenden und zulässige Varianten laut Erhebungsbogen der Outputindikatoren sind durch die bewilligenden Stellen im efREporter3 zu erfassen.

Mit der nächsten Programmversion des efREporter3 wird zur Erleichterung der Erfassung eine Importfunktion aus Erhebungslisten des Begünstigten (TN-Importdatei) angeboten.

ESF-TN-EINTRITT

Die im Fragebogen zum Eintritt erfassten Daten werden im efREporter3 im Prozes „ESF-TN Eintritt bearbeiten“ erfasst.

ESF-TN-AUSTRITT

Die im Fragebogen zum Austritt erfassten Daten werden im efREporter3 im Prozes „ESF-TN Austritt bearbeiten“ erfasst.

Eine Erfassung von Daten ist nur möglich, wenn der Teilnehmende zuvor im Eintritt erfasst wurde. Es erfolgt eine Voreinblendung aller Teilnehmenden des Eintritts.

TN-ID

ID zur technisch eindeutigen Identifikation des Teilnehmenden. Die ID wird vom efREporter3 erzeugt und setzt sich aus dem Projektcode des Vorhabens und dem erfassten Wert in "TN-Nr. im Vorhaben" zusammen.

TN-NR. IM VORHABEN

Jeder Teilnehmende im Vorhaben hat eine eigene Nummer. Die Nummer wird vom Begünstigten (Projektträger) vorgegeben und ist auf dem TN-Erhebungsbogen aufgeführt. Die Verwendung von Zahlen, Buchstaben und Sonderzeichen ist möglich.

Die TN-Nr. im Vorhaben darf für Teilnehmende, die nicht storniert wurden, nur einmal im Vorhaben vorhanden sein. Zulässig ist also, dass im Vorhaben dieselbe TN-Nr. einmal für einen nicht stornierten Teilnehmenden und einmal für einen stornierten Teilnehmenden vorhanden sein kann.

EINTRITTSDATUM

Ist das im Fragebogen zum Eintritt vom Begünstigten oder Teilnehmenden eingetragene Datum. Das Eintrittsdatum darf nicht vor dem "Beginn lt. Genehmigung" und nicht nach dem "Ende lt. Genehmigung" liegen.

AUSTRITTSDATUM

Ist das im Fragebogen zum Austritt vom Begünstigten oder Teilnehmenden eingetragene Datum. Das Austrittsdatum darf nicht vor dem "Eintrittsdatum" und nicht nach dem "Ende lt. Genehmigung" liegen.

NAME

Ist der im Fragebogen Eintritt sowie Austritt eingetragene Name des Teilnehmenden. Nach der Speicherung der Daten im efREporter3 wird der erfasste Inhalt aus Gründen des Datenschutzes verschlüsselt mit "..." angezeigt. Die genehmigende Stelle kann anhand der „TN-Nr. im Vorhaben“ jederzeit einen Abgleich anhand der Papierakte vornehmen.

VORNAME

Ist der im Fragebogen Eintritt sowie Austritt eingetragene Vorname des Teilnehmenden. Nach der Speicherung der Daten im efREporter3 wird der erfasste Inhalt aus Gründen des Datenschutzes verschlüsselt mit "..." angezeigt. Die genehmigende Stelle kann anhand der „TN-Nr. im Vorhaben“ jederzeit einen Abgleich anhand der Papierakte vornehmen.

OBDACHLOS

Sind die im Fragebogen Eintritt sowie Austritt unter Ziff. 1 eingetragenen Daten (ja/nein).

Liegt eine Obdachlosigkeit vor, so können keine Eintragungen in den Feldern Straße/ Hausnummer/ PLZ/ Ort vorgenommen werden.

STRAÙE/ HAUSNUMMER/ PLZ/ ORT

Sind die im Fragebogen Eintritt sowie Austritt unter Ziff. 1 eingetragenen Daten. Nach der Speicherung der Daten im efREporter3 werden die erfassten Werte aus Gründen des Datenschutzes verschlüsselt mit "..." angezeigt.

GEBURTSDATUM

Sind die im Fragebogen Eintritt unter Ziff. 2 eingetragenen Daten des Teilnehmenden.

GESCHLECHT

Sind die im Fragebogen Eintritt und Austritt unter Ziff. 3 eingetragenen Daten des Teilnehmenden.

Das Geschlecht muss im efREporter3 beim Austritt nochmal erfasst werden.

OUTPUTINDIKATOREN DES TEILNEHMENDEN

Die im Fragebogen Eintritt sowie Austritt unter den Ziffern 5 bis 10 angegebenen Werte zu Erwerbstatus/Altersgruppe/Bildungsstand /Haushaltssituation / Migration/Minderheithintergrund /Behinderung /Sonstige Benachteiligung sind als Outputindikatoren hinterlegt und müssen zugeordnet werden.

Zu einzelnen Richtlinien hat die EU-Verwaltungsbehörde die Zustimmung gegeben, dass mit den TN-Erhebungsbögen nicht alle o. g. Outputindikatoren vom Teilnehmenden erfasst werden müssen. Damit liegen keine einzelnen Informationen der zu erfassenden Werte über den TN-Erhebungsbogen vor. Da jedoch zu jedem der Outputindikatoren die Angabe der Werte verpflichtend ist, muss die richtlinienverantwortliche Stelle eine Regelung treffen, welcher Indikatorwert für die Richtlinie durch die genehmigende Stelle im efREporter3 bei den Teilnehmenden zu erfassen ist.

STORNO DES TEILNEHMENDEN

Die Stornierung eines Teilnehmenden im Vorhaben ist zulässig. Eine Stornierung kommt z.B. in Betracht, wenn der Teilnehmende versehentlich doppelt mit unterschiedlichen TN-Nrn. erfasst wurde oder der Teilnehmende nicht förderfähig ist. Bei einer Stornierung ist eine Notiz zu erfassen. Für im Eintritt stornierte Teilnehmende, können keine Daten im Austritt erfasst werden.

NOTIZ ZUM STORNO DES TEILNEHMENDEN

Bei der Stornierung eines Teilnehmenden ist eine Notiz zu erfassen, die Angaben zum Grund der Stornierung beinhaltet.

VORZEITIGE BEENDIGUNG DER MAßNAHME

Die im TN-Erhebungsbogen zum Austritt enthaltene Angabe, ob eine vorzeitige Beendigung der Maßnahme durch den Teilnehmenden eingetreten ist, muss im Austritt erfasst werden.

FINANZPLANELEMENT

Alle Förderinhalte eines Operationellen Programms sind in einem Finanzplan niedergelegt, der aus Förderelementen besteht.

Jede Förderrichtlinie/ bzw. jeder Förderinhalt, der im Rahmen eines Operationellen Programms zugelassen ist, ist einem Finanzplanelement zugeordnet.

Aus dem hinterlegten aktuell gültigen Finanzplan muss ein Finanzplanelement für das Vorhaben ausgewählt werden. Es sind nur Finanzplanelemente sichtbar und auswählbar für die schreibende Zugriffsrechte gemäß Nutzerzugriffsrechteantrag eingerichtet sind.

FÖRDERFÄHIGE INVESTITION (= FELD 41 ANHANG III, VO (EU) NR. 480/2014)

Die nach Prüfung des Antrags durch die genehmigende Stelle festgestellten förderfähigen Gesamtausgaben für das Vorhaben stellen die förderfähige Investition dar.

Die förderfähige Investition wird durch die verschiedenen Finanzierungsquellen (Mittelgeber EU, Bund mit Haushaltsstelle, Bund, Bund mit Haushaltsstelle, Andere Nationale, Land, Kommune, Private) finanziert. Dabei ist sowohl in in erstattungs- als auch nicht-erstattungsrelevante Mittelgeber zu unterscheiden.

Der efREporter3 zeigt informativ in der Zeile „Berechnung lt. Finanzplan“ für die förderfähige Gesamtinvestition einen Verteilungsvorschlag zur Mittelgeberaufteilung an, die sich aus dem Finanzplan und dem dort hinterlegten Finanzierungsverhältnis der Mittelgeber ableitet. Da die Finanzierungsverhältnisse im Finanzplan mit mehreren Nachkommastellen gespeichert werden, kann es im Verteilungsvorschlag des efREporter3 zu Rundungsdifferenzen kommen.

Die genehmigende Stelle kann jedoch vom Verteilungsvorschlag des efREporter3 abweichen. Außerdem besteht die Möglichkeit, weitere erstattungsrelevante und nicht-erstattungsrelevante Mittelgeber hinzuzufügen, welche sich ebenfalls aus der ausgewählten Finanzplanebene ergeben und dort mit einem Planansatz = 0 hinterlegt sind.

Grundsätzlich sollte das im Finanzplan vorgesehene Finanzierungsverhältnis eingehalten werden. Das Finanzierungsverhältnis wird auch als Interventionssatz bezeichnet. Entscheidend beim Interventionssatz ist der Anteil der EU an der Summe der erstattungsrelevanten Mittelgeber. Die EU-Verwaltungsbehörde lässt jedoch für Vorhaben auch disproportionale Finanzierungsverhältnisse zu. Durch die genehmigende Stelle ist dann allerdings zu gewährleisten, dass auf Ebene der Aktion, spätestens am Ende der Förderperiode, der im Finanzplan vorgegebene Interventionssatz eingehalten wird.

Die Jahresaufteilung ist regelmäßig Bestandteil des Bewilligungsbescheides oder Vertrages. Wenn sich die genehmigten förderfähigen Gesamtausgaben ändern (z. B. durch Teil- oder Vollwiderruf der Förderung oder Änderungsantrag des Begünstigten), sind die Werte im efREporter3 zu aktualisieren. Es ist zu beachten, dass die Funktionalitäten erst zu einem späteren Zeitpunkt im efREporter3 möglich sind.

In der Berichterstattung und den Zahlungsanträgen an die EU-Kommission werden nur die erstattungsrelevanten Mittelgeber berücksichtigt.

FÖRDERUNG GESAMT

Ist ein (Teil-)Betrag der förderfähigen Investition und umfasst in Summe die von der genehmigenden Stelle an den Begünstigten in Form einer Zuwendung, Zuweisung oder aufgrund eines Vertrages ausgereichten Mittel. Sie setzt sich aus allen Mittelgebern mit einer Haushaltsstelle zusammen (EU, Bund mit Haushaltstelle, Land). Dabei werden sowohl erstattungs- als auch nicht-erstattungsrelevante Mittelgeber berücksichtigt.

Wenn sich die genehmigte Förderung ändert (z. B. durch Teil- oder Vollwiderruf der Förderung oder Änderungsantrag des Begünstigten) sind die Werte im efREporter3 zu aktualisieren. Es ist zu beachten, dass die Funktionalitäten erst zu einem späteren Zeitpunkt im efREporter3 möglich sind.

FÖRDERZWECK (= FELD 5 ANHANG III, VO (EU) NR. 480/2014)

Der Förderzweck ist eine kurze inhaltliche Angabe zum Inhalt des (geplanten) Vorhabens des Antragstellers und ergibt sich inhaltlich aus den Antragsunterlagen.

Der erfasste Inhalt wird in der „Liste der Vorhaben“ gem. Art. 115 Abs. 2 der VO (EU) Nr. 1303/2013 veröffentlicht.

GENEHMIGUNGSDATUM (= FELD 12 ANHANG III, VO (EU) NR. 480/2014)

Datum des Bewilligungsbescheides oder Vertrages mit dem einem Antragstellenden eine Förderung seines beantragten Vorhabens ausgesprochen wird. Im Zuge der Genehmigung wird ein Antragstellender sprachlich zum Begünstigten.

GENEHMIGUNGSDATUM VZM

Sofern ein Antrag auf vorzeitigen Maßnahmebeginn gestellt und genehmigt wurde, ist das Datum der Genehmigung des vorzeitigen Maßnahmebeginns zu erfassen.

GESAMTINVESTITION

Im Antrag des Antragstellenden aufgeführte Gesamtkosten/-ausgaben des geplanten Vorhabens, für das eine Förderung beantragt wird.

GROßPROJEKT (= FELD 13 ANHANG III, VO (EU) NR. 480/2014)

Ein Großprojekt ist gemäß Art. 100 der VO (EU) Nr. 1303/2013 ein Vorhaben bei dem die förderfähigen Gesamtkosten den Betrag von 50 Mio. EUR überschreiten werden. Ein Großprojekt bedarf im Vorfeld vor Aussprechen der Genehmigung der Zustimmung durch die EU-Kommission.

Sachsen-Anhalt beabsichtigt, nach derzeitigem Planungsstand keine Großprojekte im Rahmen der Investitionsprioritäten durchzuführen.“

CCI-NR. DES GROßPROJEKTS (= FELD 13 ANHANG III, VO (EU) NR. 480/2014)

Mit Erteilung der Zustimmung zur Durchführung eines Großprojekts durch die EU-Kommission wird die CCI-Nummer (engl. Abkürzung für **Common Code for Identification**) als Genehmigungsnummer mitgeteilt.

INDIKATOREN (= FELDER 31-40 ANHANG III, VO (EU) NR. 480/2014)

Zur Messung der Förderwirkung der aus dem Operationellen Programm heraus ausgesprochenen Förderung sind auf Ebene der Richtlinie (Finanzplanelement) spezifische Input-, Output-, Ergebnis- und Wirkungsindikatoren festgelegt, die an jedem Vorhaben mit ihren Soll- und Istwerten zu erfassen sind.

Wirkungsindikatoren die eine Messung im Hinblick auf die Erreichung der globalen und der spezifischen Ziele des Operationellen Programms (z.B. Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit) vornehmen, werden nicht am Vorhaben erfasst.

INTERVENTIONSBEREICH (= FELD 23 ANHANG III, VO (EU) NR. 480/2014)

Anhang I, Tabelle 1 der VO (EU) Nr. 215/2014 gibt die EU Codes vor, die am Vorhaben auswählbar sind.

Dem Vorhaben ist bei der Genehmigung ein Interventionsbereich zuzuordnen. Die zutreffenden Interventionsbereiche sind für jedes Finanzplanelement vorgegeben und auszuwählen. Sie können aus dem gültigen Finanzplan entnommen werden.

INVESTITIONSORT (= FELD 25 ANHANG III, VO (EU) NR. 480/2014)

Der Investitionsort ist der Ort an dem die Förderung wirkt. Jedem Vorhaben muss ein Investitionsort einschl. Postleitzahl und Gemeindenummer zugewiesen werden.

Kann ein Vorhaben nicht eindeutig einem physischen Investitionsort zugewiesen werden, sondern entfaltet über das gesamte Fördergebiet Sachsen-Anhalt seine Förderwirkung, so ist es der Region „Sachsen-Anhalt Ebene 5 (Dummy-Landcode)“ (Postleitzahl 00000) zuzuweisen. Dieses trifft zum Beispiel auf Vorhaben der Technische Hilfe zu.

KMU

Gemäß Art. 2 Nr. 28 der VO (EU) Nr. 1303/2013 sind KMU als Kleinstunternehmen sowie kleine und mittlere Unternehmen gemäß der Empfehlung der Kommission 2003/361/EG definiert.

KOSTENART (= FELDER 111, 112 ANHANG III, VO (EU) NR. 480/2014)

Förderinhalte in einem Vorhaben für die spezifische Förderfähigkeitsregeln und Höchstgrenzen nach der Art. 69 der VO (EU) Nr. 1303/2013 gelten, müssen bei der Genehmigung und bei jeder Auszahlungsbuchung erfasst werden.

Jedem Vorhaben muss im efREporter3 mindestens eine Kostenart zugeordnet werden.

Als Kostenarten sind im Vorhaben auswählbar:

- Rest (alles was nicht Sachleistungen und/oder Grunderwerbskosten sind)
- Sachleistungen nach Art. 69 Abs. 1 der VO (EU) Nr. 1303/2013
- Grunderwerbskosten nach Art. 69 Abs. 3 der VO (EU) Nr. 1303/2013

Bei der Genehmigung eines Vorhabens muss die gesamte Förderfähige Investition auf die zugeordneten Kostenarten aufgeteilt werden.

Für Auszahlungsbuchungen ist analog eine betragsmäßige Zuordnung von Kostenarten erforderlich. Hierbei sind nur die Kostenarten auswählbar, welche im Rahmen der Genehmigung/Änderung zugeordnet wurden.

LANDESINITIATIVE

Jedes Vorhaben muss einer Landesinitiative zugeordnet werden. Über diese Zuordnung erfolgt eine übergeordnete Klassifizierung der Vorhaben und Steuerung der Möglichkeiten der Einbeziehung von Vorhaben in Zahlungsanträge und Berichterstattungen.

Als Landesinitiativen sind im Vorhaben auswählbar:

- 0 = keine Landesinitiative
- 9 = Reserveprojekt

Ein Vorhaben ist dann als Reserveprojekt zu kennzeichnen, wenn es grundsätzlich alle Bedingungen für eine Förderfähigkeit aus EU-Strukturfondsmitteln erfüllt, jedoch aus bestimmten Gründen vorerst außerhalb des Operationellen Programms gefördert wird und später als Ersatzvorhaben zu weggebrochenen EU-Vorhaben vorgesehen ist. Vorhaben die der Landesinitiative 9 zugeordnet sind, werden nicht in Zahlungsanträgen und Berichterstattungen an die Kommission verwandt. Ferner erfolgt keine Mittelbindung mit Blick auf die für ein Finanzplanelement verfügbaren Mittel.

MITTELGEBER

(= FELDER 43, 47, 54, 61, 66, 70, 72, 75-78 ANHANG III, VO (EU) NR. 480/2014)

Ein Vorhaben muss sowohl im Rahmen der Genehmigung als auch bei der Erfassung von Zahlungsbuchungen auf alle an der Finanzierung beteiligten Mittelgeber betragsmäßig aufgeteilt werden.

Die Mittelgeber werden in erstattungsrelevante und nicht-erstattungsrelevante Mittelgeber kategorisiert. Beide Kategorien beinhalten grundsätzlich förderfähige Ausgaben/Kosten.

Für Zahlungsanträge und Berichterstattung an die EU wird nur die erstattungsrelevante Mittelgeberkategorie verwandt. Die Nutzung der nicht-erstattungsrelevanten Mittelgeber ist vor allem dann angezeigt, wenn von Drittmittelgeberseite ein zu hoher Finanzierungsanteil in das Vorhaben gegeben wird und es aus diversen Gründen nicht beabsichtigt ist, eine Ausgaben-/Kostenbeteiligung der EU hierauf zu erhalten.

ÖFFENTLICH-PRIVATE PARTNERSCHAFT **(= FELD 17 ANHANG III, VO (EU) NR. 480/2014)**

Bei der Genehmigung ist für das Vorhaben anzugeben, ob es im Rahmen einer öffentlich-privaten Partnerschaftstruktur (ÖPP) durchgeführt wird. Öffentlich-Private Partnerschaften sind gem. Art. 2 Nr. 24 der VO (EU) Nr. 1303/2013 "Formen der Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Stellen und der Privatwirtschaft, mit denen die Durchführung von Investitionen in Infrastrukturprojekte oder andere Arten von Vorhaben zur Erbringung öffentlicher Dienstleistungen durch Risikoteilung,

Bündelung von Fachkompetenz der Privatwirtschaft oder Erschließung zusätzlicher Kapitalquellen verbessert werden soll".

Bei der Umsetzung von Vorhaben über ÖPP sind die speziellen Regelungen der Art. 62-64 der VO (EU) Nr. 1303/2013 zu beachten.

PAUSCHALEN

-> SIEHE VEREINFACHTE KOSTENOPTIONEN

PROJEKTCODE (= FELD 5 ANHANG III, VO (EU) NR. 480/2014)

Der Projektcode wird beim Anlegen eines Vorhabens gebildet und ist ab der Genehmigung unveränderbar. Er ist ein eindeutiges Projektidentifikationsmerkmal und wird zur Kommunikation mit der Kommission benutzt.

Der Projektcode setzt sich aus dem datenerfassenden Mandanten (Clienterfassung oder Schnittstellenprojekt aus epos), dem Fonds, der Prioritätsachsennummer, dem Jahr der Erfassung, der laufenden Nummer und dem Landesinitiativencode zusammen.

PROJEKTSTATUS

Der Projektstatus beschreibt den Bearbeitungszustand eines Vorhabens, der durchlaufen werden kann und steuert die Möglichkeiten der Fortschreibung oder Veränderung der Daten.

Die Angaben in Status AA, BB und WR sind rechtskräftig. Das bedeutet, dass diese Status im efREporter3 erst nach Eintritt der Bestandskraft zu erfassen sind.

Änderungen sind durch Bescheid o.ä. zu dokumentieren

Der efREporter3 bildet in der kompletten Ausbaustufe folgende Projektstatus ab:

Projektstatus-code	Projektstatus-beschreibung	Erläuterung
AE	Antrag eingegangen	Erfassung eines eingegangenen Antrags auf Förderung. Kein rechtsverbindlicher Zustand, Antragsdaten sind veränderbar.
AZ	Antrag zurückgezogen	Sofort rechtsverbindlich, da durch den Antragstellenden der Antrag auf Förderung des Vorhabens zurückgezogen wurde.
AA	Antrag rechtskräftig	Negativ abgeschlossenes Antrags-verfahren. Daten können nicht mehr geändert werden.

	abgelehnt	
STO	Antrag storniert	Nur im Status AE möglich. Ein fehlerhaft erfasster Antrag (z.B. Doppelerfassung des Antrags).
BB	Vorhaben genehmigt	Beschreibt ein rechtsverbindliches Vorhaben. Antrag wird durch ersten Bescheid rechtskräftig als Vorhaben bewilligt oder Vertrag wird abgeschlossen. Der Status kann nicht in AE zurückversetzt werden. Genehmigungsdaten können im Zustand AEB verändert werden. Änderungen werden historisiert.
AEB	Änderung eines nicht abgeschlossenen Vorhabens	Bewilligungsdaten können geändert werden.
WR	Vorhaben voll widerrufen	Ein Vorhaben wird vollständig widerrufen. In Höhe des Zahlungssaldos werden Rückforderungen angelegt und alle Indikatorenwerte auf Null gesetzt. Wenn der Zahlungssaldo = 0 dann kann das Vorhaben abgeschlossen werden. Vorhaben kann insbesondere bei Erlass/Niederschlagung in den Status AEB zurückgeführt werden.
EV	Vorhaben in VN-Prüfung	Vorstatus zu EE. Genehmigungsdaten können durch Überführung in den Status AEB geändert werden. Die Ist-Werte der Indikatoren können geändert werden. Sonstige Prüfungen und Endverwendungsprüfungen können erfasst werden.
EE	VWN-Prüfung abgeschlossen	Endverwendungsnachweisprüfung abgeschlossen. Das Vorhaben kann zur Veränderung von Daten durch eine Zweckbindungsprüfung in den Status- AEB oder zum Abschluss eines Vorhabens nach AB überführt werden. Die Ist-Werte der Indikatoren können geändert werden. Prüfungen und Zweckbindungs-prüfungen können erfasst werden. Bedingung: Bewilligung - Zahlung + Rückzahlung = Null
AB	Vorhaben abgeschlossen	Vorhaben kann durch den Bearbeiter nicht mehr in einen bearbeitbaren Zustand überführt werden.

AU	Vorhaben ausgebucht	Gegenbuchung in Höhe der bisher gemeldeten Zahlungen und Bewilligungsdaten (Genehmigung =0 Zahlungssaldo = Null; z. B. Entfernen aus den EU-Strukturfonds). Die Handlung ist in „Notiz“ zu begründen.
----	------------------------	---

Derzeit sind im efREporter3 die Proejktstatus AE, AA, AZ, STO und BB umgesetzt.

RISIKOBEWERTUNG ZUR FESTSTELLUNG DER ERFORDERLICHKEIT DER DURCHFÜHRUNG EINER VOR-ORT-ÜBERPRÜFUNG ZUM VORHABEN

Im Rahmen der Genehmigung ist eine Prüfung vorzunehmen, ob für das Vorhaben eine Vor-Ort-Überprüfung (VOÜ) nach Art. 125 Abs. 5 lit. der VO (EU) Nr. 1303/2013 erforderlich ist. Das Ergebnis dieser Überprüfung ist über die Angabe Vor-Ort-Überprüfung ja/nein und Begründung zur Risikobewertung im efREporter3 festzuhalten.

Für die inhaltliche Beurteilung der Erforderlichkeit der VOÜ ist der „Leitfaden der EU-Verwaltungsbehörde für Verwaltungsprüfungen und Vor-Ort-Überprüfungen gemäß Art. 125 Abs. 5 VO (EU) Nr. 1303/2013 im Operationellen Programm ESF und EFRE des Landes Sachsen-Anhalt 2014-2020" (insb. Ziff. 4.2) der mit Erlass vom 15.04.2016 bekannt gegeben wurde, heran zu ziehen.

Das Ergebnis der Risikobewertung kann jederzeit geändert werden, insbesondere dann, wenn das Vorhaben durch eine Zufallsstichprobenauswahl zu einem späteren Zeitpunkt für eine Vor-Ort-Überprüfung ausgewählt wird.

Für alle Vorhaben, für die eine Vor-Ort-Überprüfung vorgesehen ist, muss bis zum Projektstatuswechsel zu AB (abgeschlossen) eine entsprechende Vor-Ort-Prüfung erfasst sein.

BEGRÜNDUNG ZUR RISIKOBEWERTUNG

Es wird empfohlen die im „Leitfaden der EU-Verwaltungsbehörde für Verwaltungsprüfungen und Vor-Ort-Überprüfungen" unter der Ziff. 4.2. aufgeführten Formulierungen zu verwenden.

Diese können sein:

- VOÜ gemäß Risikobewertung vom [Datum]
- VOÜ gemäß Richtlinie
- VOÜ gemäß Stichprobenauswahl vom [Datum]

VOR-ORT-ÜBERPRÜFUNG (JA/NEIN)

Das Ergebnis der Risikobewertung ist zu erfassen.

SEKUNDÄRES ESF-THEMA (= FELD 28 ANHANG III, VO (EU) NR. 480/2014)

Für ESF-Vorhaben ist ein Sekundäres ESF-Thema auszuwählen.

Das Sekundäres ESF-Thema gibt an, welche übergeordneten ESF-Themen vorrangig durch das Vorhaben unterstützt werden. Als Hilfestellung kann der Prüfpfadbogen heran gezogen werden.

Die auswählbaren Codes des Sekundären ESF-Thema sind als Auswahlliste vorgegeben und leiten sich inhaltlich aus den Vorgaben des Anhang I Tabelle 6 der VO (EU) Nr. 215/2014 ab.

Sekundäres ESF-Thema bearbeiten	
Code	Beschreibung
01	Unterstützung des Umstiegs auf eine CO2-arme ressourceneffiziente Wirtschaft
02	Soziale Innovation
03	Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU
04	Stärkung von Forschung, technologischer Entwicklung und Innovation
05	Verbesserung der Barrierefreiheit sowie der Nutzung und Qualität von Informations- und Kommunikationstechnologien
06	Nichtdiskriminierung
07	Gleichstellung von Frauen und Männern
08	Nicht zutreffend
nb	nicht belegt

THEMATISCHES ZIEL (= FELD 27 ANHANG III, VO (EU) NR. 480/2014)

Das Thematische Ziel ist nur für EFRE-Vorhaben anzugeben und wird über das Finanzplanelement vorgegeben. Der am Finanzplanelement zugeordnete Code wird bei der Erfassung der Vorhabensdaten informatorisch eingeblendet.

TEILAKTIONSKÜRZEL

Mit einem Teilaktionskürzel kann ein Vorhaben innerhalb eines Finanzplanelements weiter nach Richtlinien oder Förderinhalten der Richtlinie klassifiziert werden. Die Teilaktionskürzel werden spezifisch an einem Finanzplanelement hinterlegt und werden durch das Ressort eigenständig festgelegt. Vom zuständigen Richtlinienverantwortlichen Ressort sind die fachlichen Definitionen zu den Teilaktionskürzel vorzugeben.

Die Nutzung von Teilaktionskürzel ist optional.

Die Teilaktionskürzel sind über Finanzplanänderungen erweiterbar und änderbar.

ÜBERGREIFENDE ZUSAMMENARBEIT

(= FELDER 106-110, 113 ANHANG III, VO (EU) NR. 480/2014)

Bei der Genehmigung sind für das Vorhaben Aussagen zur möglichen übergreifenden Zusammenarbeit zu treffen. Übergreifende Zusammenarbeit liegt vor, wenn ein Vorhaben aus einem anderen OP/Fonds mitfinanziert wird, Ausgaben außerhalb des Fördergebietes Sachsen-Anhalt oder der EU gefördert werden.

Wenn o.g. nicht zutreffend ist, ist für das Vorhaben die Kategorie 00 (Entfällt) zu verwenden.

Als auswählbare Kategorien werden angeboten:

Übergreifende Zusammenarbeit bearbeiten				
Förderperioden				
Förderperiode		Förderperiode 2014-2020		
Übergreifende Zusammenarbeit				
Code	Beschreibung	Gebiet	Fonds	Deaktiviert
00	Entfällt	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
01	In den Interventionsbereich des EFRE fallende Ausgaben, wenn das OP vom ESF kofinanziert wird, gem. Art. 98 Abs.2 VO (EU) Nr. 1303/2013; Feld 106 Anhang III VO (EU) Nr. 480/2014	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
02	In den Interventionsbereich des ESF fallende Ausgaben, wenn das OP vom EFRE kofinanziert wird, gem. Art. 98 Abs.2 VO (EU) Nr. 1303/2013; Feld 107 Anhang III VO (EU) Nr. 480/2014	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
03	Ausgaben außerhalb des Interventionsbereichs des OPs aber innerhalb der Union, gem. Art. 70 Abs.2 VO (EU) 1303/2013 sowie Art. 13 Abs.2 VO (EU) Nr. 1304/2013; Feld 108 Anhang III VO (EU) Nr. 480/2014	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
04	Ausgaben außerhalb der Union, gem. Art. 13 Abs. 3 VO (EU) Nr. 1304/2013 (ESF-VO); Feld 109 Anhang III VO (EU) Nr. 480/2014	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
05	Ausgaben außerhalb des Unionsteils des Programmgebietes, gem. Art. 20 Abs.2 VO (EU) Nr. 1299/2013 (Ziel ETZ aus dem EFRE); Feld 110 Anhang III VO (EU) Nr. 480/2014	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
06	Ausgaben die durch IPA (Instrument f. Heranführungshilfe) und ENI (Europ. Nachbarschaftsinstrument) für ETZ-Vorhaben gedeckt werden; Feld 113 Anhang III VO (EU) Nr. 480/2014	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
07	ohne	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

VEREINFACHTE KOSTENOPTIONEN

(= FELDER 60-70 ANHANG III, VO (EU) NR. 480/2014)

Nach Art. 67 Abs. 1 lit. b)-d) der VO (EU) Nr. 1303/2013 lässt die EU die Nutzung vereinfachter Kostenoptionen in Form von Standardeinheitskosten, Pauschalfinanzierung und Pauschalsätzen zu.

PAUSCHALFINANZIERUNG (= FELDER 65-68 ANHANG III, VO (EU) NR. 480/2014)

Bereits bei der Genehmigung ist festzulegen, dass für das Vorhaben eine Pauschalfinanzierung gefördert wird. Für jede geförderte Pauschalfinanzierung ist die im Rahmen der Genehmigung vereinbarte Leistung (Output oder Ergebnis) und der hierfür vereinbarte Betrag zu erfassen.

Bei der Erfassung von Zahlungsbuchungen muss erfasst werden, welcher (Teil-)Betrag der Buchung auf Pauschalfinanzierungsanteile entfällt.

PAUSCHALSATZ (= FELDER 69-70 ANHANG III, VO (EU) NR. 480/2014)

Bei der Erfassung von Zahlungsbuchungen muss erfasst werden, welcher (Teil-)Betrag der Buchung auf Pauschalsatzanteile entfällt.

STANDARDEINHEITSKOSTEN (= FELDER 60-64 ANHANG III, VO (EU) NR. 480/2014)

Bei der Erfassung von Zahlungsbuchungen muss erfasst werden, welcher (Teil-)Betrag der Buchung auf Standardeinheitskostenanteile entfällt. Ferner muss jede Einheit, die für die Berechnung der Standardeinheitskosten genutzt wird, die Anzahl der jeweils geleisteten Einheit und die Einheitskosten für diese Einheit angegeben werden. In einer Buchung können mehrere Standardeinheitskosteneinheiten erfasst werden

Beispiel:

Auszahlungsbuchung in Höhe von 100 EUR enthält Standardeinheitskostenanteile in Höhe von 50 EUR in der Buchung.

Einheit 1: Mitarbeiteräquivalent/Woche

Anzahl der geleisteten Einheit 1 2,5
 Einheitskosten pro Einheit 1: 10 EUR
 = 2,5 * 10 EUR = 25 EUR Standardeinheitskosten

Einheit 2: Kilometer
 Anzahl der geleisteten Einheit 2 62,5
 Einheitskosten pro Einheit 2: 0,40 EUR
 = 62,5 * 0,40 EUR = 25 EUR Standardeinheitskosten

VERGABEN DES BEGÜNSTIGTEN ZUR VORHABENSREALISIERUNG

Alle europaweiten Vergabeverfahren, die der Begünstigte für die Umsetzung seines Vorhabens durchführt, sind mit dem gewählten Vergabeverfahren und allen aufgrund des durchgeführten Vergabeverfahrens abgeschlossenen Verträgen und Nachträgen zu erfassen.

Bei der Erfassung von Auszahlungsbuchungen muss zudem angegeben werden, welcher (Teil-)Betrag einer Buchung aufgrund von europaweiten Vergabeverfahren angefallen ist und muss Verträgen zugeordnet werden. Daraus folgt, dass aus den eingereichten Belegen des Begünstigten hervorgehen muss, ob der Beleg einem europaweiten Vergabeverfahren und zu welchem Vertrag zugehörig ist.

Der efREporter3 bietet zusätzlich die Funktionalität auch nationale Vergabeverfahren des Begünstigten zu erfassen. Die Erfassung dieser Daten erfolgt optional.

ART DES AUFTRAGSVERGABEVERFAHRENS

Zu jedem Vergabeverfahren ist die gewählte Vergabeart anzugeben.

Für europaweite Vergabeverfahren werden folgende Vergabearten als Auswahlliste angezeigt:

- 00 Offenes Verfahren
- 01 Nicht Offenes Verfahren
- 02 Verhandlungsverfahren
- 03 Wettbewerblicher Dialog
- 04 Innovationspartnerschaft

Für nationale Vergabeverfahren sind als Vergabearten auswählbar:

- 05 Öffentliche Ausschreibung
- 06 Beschränkte Ausschreibung
- 07 Freihändige Vergabe

DATUM DER VERGABEBEKANNTMACHUNG

Das Datum der Bekanntmachung des Vergabeverfahrens ist zu erfassen.

DATUM DES VERTRAGSABSCHLUSS

Das Datum des Vertragsabschlusses ist das Datum der Vertragsunterzeichnung.

DATUM DER ZUSCHLAGSERTEILUNG

Das Datum der Zuschlagserteilung ist zu erfassen.

EUROPAWEITES VERGABEVERFAHREN (= Feld 58 Anhang III, VO (EU) Nr. 480/2014)

Ein europaweites Vergabeverfahren liegt vor, wenn die Auftragsvergabe den Bestimmungen der Richtlinie 2004/17/EG (*Zuschlagserteilung durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie und Verkehrsversorgung sowie der Postdienste*), der Richtlinie 2004/18/EG (*Vergabe öffentlicher Bauaufträge, Lieferaufträge und Dienstleistungsaufträge*) oder der Richtlinie 2014/23/EU (*Konzessionsvergabe*) unterliegt.

HAUPTVERTRAG (= FELD 57 ANHANG III, VO (EU) NR. 480/2014)

Ein Hauptvertrag ist der aufgrund des durchgeführten Vergabeverfahrens abgeschlossene Vertrag.

LFD. NUMMER ZU EINEM HAUPTVERTRAG

Die abgeschlossenen Verträge sind zu Nummerieren. Die Nummerierung kann dabei vom Begünstigten vorgegeben sein oder von der genehmigenden Stelle frei vergeben werden. Die lfd. Nummer soll eine Hilfestellung bei der späteren Anzeige und Zuordnung von Verträgen bei der Auszahlungsbuchung sein.

LFD. NUMMER DES NACHTRAGS

Jeder Nachtrag zu einem Hauptvertrag ist zu nummerieren. Die Nummerierung kann dabei vom Begünstigten vorgegeben sein oder von der genehmigenden Stelle frei vergeben werden.

NACHTRAG ZU EINEM HAUPTVERTRAG

Zu jedem erfassten Vertrag können Nachträge, die den ursprünglichen Wert und Vertragsumfang ändern eingetragen werden. Ein Nachtrag ist konkret einem Hauptvertrag zuzuordnen. Die Erfassung eines Nachtrags ist nach Prüfung durch die genehmigende Stelle zu erfassen.

NAME DES AUFTRAGNEHMERS (= Feld 59 Anhang III, VO (EU) Nr. 480/2014)

Der Name des Auftragnehmers eines Vertrags / Nachtrags ist anzugeben.

VERTRAGSART (= Feld 55 Anhang III, VO (EU) Nr. 480/2014)

Einem Vertrag / Nachtrag ist die Vertragsart zuzuordnen.

Die Vertragsarten werden als Auswahlliste vom efREporter3 vorgegeben. Auswählbare Vertragsarten sind:

- 11 Lieferauftrag, § 103 Abs. 2 GWB
- 12 Dienstleistungsauftrag, § 103 Abs. 4 GWB
- 13 Bauauftrag, § 103 Abs. 3 GWB
- 21 Baukonzession, § 105 Abs. 1 GWB
- 22 Dienstleistungskonzession, § 105 Abs. 1 GWB

Die Vertragsarten sind für europaweite und nationale Vergabeverfahren identisch.

VERTRAGSBEZEICHNUNG

Unter Vertragsbezeichnung sind Informationen zum Vertragsinhalt zu erfassen.

VERTRAGSWERT BEIM NACHTRAG

Der Vertragswert beim Nachtrag umfasst den neuen Gesamtwert des Vertrages, d.h. der Hauptvertrag inkl. aller Nachträge wird hier erfasst. Ein Nachtrag kann grundsätzlich zu einer Erhöhung als auch zu einer Verringerung des ursprünglichen Vertrages führen.

VERTRAGSWERT NETTO (= Feld 56 Anhang III, VO (EU) Nr. 480/2014)

Der Nettovertragswert ist zu erfassen.

VERTRAGSWERT BRUTTO (= Feld 56 Anhang III, VO (EU) Nr. 480/2014)

Der Vertragswert in Brutto ist hier zu erfassen.

Erfolgt eine Bruttoförderung des Vorhabens, so ist der Bruttobetrag ungleich dem Nettobetrag.

Wird das Vorhaben als Nettoförderung gefördert, so sind Netto- und Bruttobetrag identisch.

VERWALTUNGSTECHNISCHES VORHABENSENDE

Bis zum verwaltungstechnischen Ende müssen alle Zahlungen an den Begünstigten geleistet sein. Dieses schließt auch die Auszahlung des Sicherheitseinbehalts nach erfolgter Endverwendungsnachweisprüfung ein.

Für einen ordentlichen Vorhabensabschluss innerhalb einer Förderperiode müssen die Zahlungen bis max. zum Ende der Zahlungsfrist für den Förderzeitraum getätigt sein. Abweichungen davon sind im Schlusszahlungsantrag für die Förderperiode im Einzelnen zu begründen.

Die Zahlungsfrist für die Förderperiode 2014-2020 endet am 31.12.2023. Der 31.12.2023 kann somit das späteste verwaltungstechnische Vorhabensende sein, welches von der genehmigenden Stelle im efREporter3 eingetragen wird.

VORHABEN

Ein im efREporter3 zu erfassendes Vorhaben ist gemäß Art. 2 Nr. 9 der VO (EU) Nr. 1303/2013 ein Projekt, ein Vertrag, eine Maßnahme oder ein Projektbündel das von einer Behörde zur Förderung ausgewählt wurde. Ein eingerichtetes Finanzinstrument ist gleichfalls ein Vorhaben.

VORHABENSBSCHREIBUNG (= FELD 6 ANHANG III, VO (EU) NR. 480/2014)

Gibt nähere Auskunft zum Förderinhalt des Vorhabens und ergibt sich inhaltlich aus den Antragsunterlagen des Begünstigten.

Bis zu 3.000 Zeichen können erfasst werden.

Der erfasste Inhalt wird in der „Liste der Vorhaben“ gem. Art. 115 Abs. 2 der VO (EU) Nr. 1303/2013 veröffentlicht.

VORHABENZUSTAND

Vorhaben, die zum Zeitpunkt des Abschlusses der Förderperiode 2014-2020 als nicht abgeschlossen im Sinne der EU-Vorgaben sind, sind mit einem Vorhabenzustand zu kennzeichnen. Der Vorhabenzustand gibt nähere Auskunft darüber, warum ein Vorhaben nicht abgeschlossen ist. Die möglichen Vorhabenzustände werden vom efREporter3 vorgegeben.

VORLAGEDATUM DES VN LAUT GENEHMIGUNG

Datum zu dem der Begünstigte den Endverwendungsnachweis zum Vorhaben spätestens bei der genehmigenden /vertragsschließenden Stelle vorzulegen hat. Das Datum wird im Bewilligungsbescheid oder Vertrag festgelegt und ist bei Änderungen anzupassen.

Das Datum der Vorlage des Endverwendungsnachweises darf nicht das Ende der Auszahlungsfrist für die Förderperiode überschreiten. Die Zahlungsfrist für die Förderperiode 2014-2020 endet am 31.12.2023.

VORSTEUERABZUGSBERECHTIGUNG (= FELD 3 ANHANG III, VO (EU) NR. 480/2014)

Bei der Genehmigung muss angegeben werden, ob der Begünstigte für das Vorhaben Vorsteuerabzugsberechtigt ist. Ist der Begünstigte vorsteuerabzugsberechtigt ist eine Bruttoförderung des Vorhabens regelmäßig ausgeschlossen.

WIRTSCHAFTSZWEIG (= FELD 29 ANHANG III, VO (EU) NR. 480/2014)

Ein Vorhaben muss bei der Genehmigung einem Wirtschaftszweig zugeordnet werden.

Der Wirtschaftszweig gibt Auskunft darüber, welcher Wirtschaftssektor durch das Vorhaben gefördert wird. Bei der Beurteilung welcher Wirtschaftszweig maßgeblich ist, wird das Tätigkeitsfeld des Begünstigten herangezogen. Die Richtlinie kann weitere Hinweise darauf geben welcher Wirtschaftszweig nur gefördert werden darf.

Die auswählbaren Wirtschaftszweige sind als Auswahlliste vorgegeben und leiten sich inhaltlich aus den Vorgaben des Anhang I Tabelle 7 der VO (EU) Nr. 215/2014 ab.

ZWECKBINDUNGSFRIST

Die Zweckbindungsfrist ist die zum Zeitpunkt der Bewilligung im Bescheid oder Vertrag festgelegte Nutzungsdauer der mit der ausgereichten Förderung vom Begünstigten beschafften Gegenstände, errichteten Infrastruktur, geschaffene Arbeitsplätze o.ä. ohne den Anspruch auf die Förderung (ganz oder teilweise) zu verlieren.

Ist keine Zweckbindungsfrist festgelegt, ist am Vorhaben im efREporter3 „0“ Monate zu erfassen

Vorhaben können im efREporter3 erst dann in den Status AB (abgeschlossen) gesetzt werden, wenn die erfasste Zweckbindungsfrist in Monaten berechnet auf dem Datum „Ende nach VN-Prüfung“ zeitlich abgelaufen ist.

KONTAKT:

Ministerium der Finanzen
EU-Verwaltungsbehörde EFRE/ESF
Editharing 40, 39108 Magdeburg
Email: esif.mf@sachsen-anhalt.de

www.europa.sachsen-anhalt.de



SACHSEN-ANHALT



EUROPÄISCHE UNION

ESIF

Europäische Struktur- und
Investitionsfonds

**HIER INVESTIERT EUROPA
IN DIE ZUKUNFT UNSERES LANDES.**

www.europa.sachsen-anhalt.de